EUROPEAN-NEWS-AGENCY.COM

EUROPEAN NEWS AGENCY

International Press Service

Ressort: Politik

Tankrabatt der Bundesregierung Bürgertäuschung 04.10.26

Berlin, 04.10.2026 [ENA]

Ich kann es inzwischen nicht mehr hören, was hier fast täglich von Angehörigen der Bundesregierung verbreitet wird: Die Krankenkassen sind zum ich weiß es nicht 5. Mal im Defizit trotz immer mehr steigender Beiträge. Kein Geld für anständige Digitalisierung in Deutschland, Krankenhäuser machen zu.

Schulen haben marode Gebäudeteile, zu wenig Kitas. Jeden Tag 100 Firmenpleiten, dazu auch alteingesessene Kultfirmen wie Playmobil und Bärenmarke. Andere Firmen verlassen Deutschland wegen unattraktiver Standorte und viel zu hohen Betreiberkosten. Kein bezahlbarer Wohnraum, gebaut wird zu wenig. Die Rentenkassen sind längst leer und müssen monatlich mit Steuergeld finanziert werden. Jobcenter sollten Geld sparen dank Einführung der Grundsicherung, jetzt machen die mindestens 1 Milliarde Euro Mehrkosten als vorher. Man hört es jeden Tag: Wir können uns bla bla bla nicht leisten, wir können bla bla nicht senken. Aber schon vor Jahren versprochenes Ausgleichsgeld für die explodierenden Energiekosten wurden nie gezahlt. Ist ja kein Geld da.

Verkünden die Verantwortlichen. Also jedenfalls nicht für deutsche Bürger. Für Migrantenaufgaben im In- und Ausland jedenfalls immer. Für Beamtenbesoldungen und Nachzahlungen jedenfalls immer. Und für die Ukraine sowieso, No Limit für unbestimmte Zeit. Aber es ist kein Geld da. Und dann kommt die Benzinpreisexplosion. Wegen der Sperrung der Hormus Seestraße und dem Irankrieg, will man uns verklickern. Die Preise explodieren, der Bürger wehrt sich und will im Ausland tanken und Benzin bunkern, und von einem Tag zum anderen sind Grenzkontrollen da; nein, nicht wegen Migration, sondern wegen Schwarztankern und Schwarzbenzintransporteure. Geht alles, aber nur, wenn die Bundesregierung es will.

Nach kurzfristigem Tankrabatt, der schon damals kein Rabatt war, als Verantwortliche behaupteten, das würde dem Bund soundsoviel Geld kosten. Dabei hat sich der deutsche Staat die Taschen voll gemacht wegen der steuerlichen Mehreinnahmen, und die wollten sie nicht hergeben. Wie jetzt wieder. Gleiches Szenario, nur ein paar Monate später. Das kommt davon, wenn ein Finanzminister mit Geld nicht umgehen kann, jeden Monat mehr ausgibt, als er einnimmt, obwohl er soviel einnimmt wie nie zuvor. Aber das Problem sind und waren nie die Einnahmen, sondern die Ausgaben. Der Staat könnte doppelt so viel Steuern einnehmen ab morgen, das Geld würde trotzdem nicht reichen, dann würden die Gelder an seinen persönlichen Freund Selensky verdoppelt.

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Der die Korruptheit Angehöriger der ukrainischen Regierung weiter ausbauen könnte. Die Bundesregierung hat so wenig Geld, das sie ab nächstes Jahr wieder bei den Ledigen abgreifen will; die sollen 0.3 % mehr Pflegeversicherung zahlen, einfach mal so, weil der Linnemann, der von Gesundheit nicht mehr Ahnung als jeder Bürger hat, das sich hat einfallen lassen. Das dieser Tropfen auf dem heissen Stein weder für die Pflegekasse verwendet wird, sondern schon für die Ukraine, natürlich über eine andere Kasse, damit es nicht so auffällt, verwendet wird, merken viele Bürger nicht. Aber was macht Merz, Reiche und Sonstige ? Fahren mal schnell nach Kiew um 1 Milliarde Euro zusätzlich abzugeben und noch Winterhilfe zu leisten.

Das Pflegegeld, das noch gar nicht eingenommen wurde, ist schon weg.
Was sagen z.B. Frau Reiche zum Thema Tankrabatt (das Wort Tankrabatt ist ein Fake): Am 3. September berichtet NTV über 250 Millionen Euro für Reparaturen an ukrainischer Energieinfrastruktur, am 14. September redet sie davon, das ein finanzieller Spielraum für den Tankrabatt nicht da sei. Dann aber kommen die Wahlergebnisse in Sachsen Anhalt und Mecklenburg Vorpommern, da muß man was tun. Plötzlich heisst es von der gleichen Frau nur 10 Tage später: Der jetzige Tankrabatt von 17 Cent sei keine politische Meisterleistung, man könne aber nicht die Augen verschließen das nicht nur Handwerk, Mittelstand, Logistikunternehmen, sondern auch viele Arbeitnehmer.

Die z. B. pendeln, unter erheblichen Druck stehen. Es seien ja nicht nur die Spritkosten gestiegen, sondern auch Energiekosten, Lebenshaltungskosten, Lebensmittelpreise. Man hätte sich in der Regierung zu einem großen Entlastungsschritt entschlossen. (Äh, Moment, großer Entlastungsschritt ? Was stimmt nicht mit dieser Frau, der noch 2 Wochen vorher Bürger und Unternehmenkosten in Sachen Spritkosten nicht interessiert haben, und jetzt die große Einsicht ?) Abgesehen davon zahlt der Bund gar nicht den vollen Rabatt, die Länder müssen mitzahlen. Und ich sage es nochmal: Es ist kein Rabatt wie es den Bürgern vorgespielt wird, es ist eine minimale Rücknahme von weitaus höheren Zusatzgewinnen.

Die die Bundesregierung seit über einem halben Jahr einstreicht, deshalb handelt es sich hier um keine Kosten, sondern um eine Gewinnreduzierung. Aber Rabatt klingt so sozial, dabei ist diese Regierung gegenüber den einheimischen deutschen Bürgern seit Regierungswechsel letztes Jahr gar nicht mehr sozial eingestellt. Für Dummschwätzer und ewig Kritisierende: Ich weiß, das wir Sozialsysteme haben, wenn diese Regierung könnte, würde sie den Bürgern nicht mehr die Butter aufs Brot zugestehen. Das ist MEINE feste Meinung, deshalb wollen sie ja auch mit der digitalen ID an das Gesparte der Bürger ran, deshalb muß jeder Kauf ab bestimmten Summen in bar mit Name und Anschrift erfolgen.

Deshalb fragen Geldautomaten i.d.R. ab 3000 Euro Ein- oder Auszahlung ab, woher das Geld stammt, und anderes mehr. Interessant im Zusammenhang des Tankrabattes, das nach der Verkündung der Bundesregierung am 26. September NTV in einem Online – Video die Preisaufteilung Benzin am Beispiel Super E10 mit einem damaligen Preis von 2.20 Euro/Liter zeigen wollte. Doch das Video konnte irgendwie

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

nie gestartet werden, ich habe das den ganzen Tag probiert. Was für ein Zufall. Dumm nur, das man an das „ Startfoto „ des Videos über einen Trick doch herankommen konnte, daher kann ich hier mal das Ergebnis präsentieren, und dann entscheiden sie mal selbst, wer sich hier die Taschen vollstopft: Bei einem Preis von 2.20 Euro / Liter.

Den der Kunde an der Tankstelle bezahlt, werden alleine 65.45 Cent an Energiesteuer fällig. Dazu kommt die CO2 Steuer von 17.1 Cent, und der Staat kassiert noch 35.1 Cent Mwst. Bedeutet, OHNE die Mineralölkonzerne kassiert der Staat schonmal satte 117.65 Cent ab, also über 50 %. Den Rest, 112 Cent, entfallen auf Bereitstellungs -/ Transportkosten und Gewinn für die Konzerne. Der Staat ist ja so unschuldig, und nimmt ja kaum was ein. Mir kommen die Tränen. Und zu den 17 Cent, das sind in Wirklichkeit 15 Cent, nur 2 Cent Abgaben darauf entfallen. Und warum ausgerechnet in Deutschland die Benzinkosten in der gesamten EU mit die höchsten sind, dazu äussert man sich lieber nicht.

Übrigens waren die Tankkosten für Benzin E10 am 6. Juni 2026 bei 1.98 Euro in Deutschland, am 21. Juli 2026 bei 2.20 Euro, am 14. September bei 2.34 Euro und heute ? Stand 04. Oktober 2026 liegen wir bei 2.253. Toll, bis auf die Niederlande hat keiner so hohe Preise. Und dann setzt sich Klingbeil noch bei TikTok vor die Kamera und behauptet, er hätte den Beweis, das die Mineralölkonzerne sich die Taschen voll machen und die deutschen Bürger müßten das bezahlen. Er zeigt eine Grafik und erklärt: Im Februar sei die Marge bei 5 Dollar pro Barrel Öl gewesen, äh Moment, bevor wir weitermachen, was er nicht sagt: bei den Konzernen US Golf Coast lag die sogar bei über 10 Dollar, und in Singapur nur knapp drunter bei rund 4 Dollar.

Dann zeigt er eine August Statistik: Im August waren es hier, bedeutet Nordwesteuropa, knapp 35 Dollar, ach nee, wieder keine Ansage, das es bei US Golf Coast rund 44 Dollar waren, Singapur lag bei etwa 28 Dollar. Er will die Übergewinne, die die Konzerne machen, zurückholen und dem Bürger zurückgeben. Ich lach mich weg. Wie wäre es denn, wenn die Bundesregierung mal die Übergewinne wegen sprudelnder Steuereinnahmen wegen hoher Tankkosten zurückgibt ? Ach nee geht ja nicht, Ukraine, Migranten und so. Auch der SPD Ministerpräsident Lies Niedersachsen erkennt: Die Spritpreise sind zu hoch, Bürger und Pendler können sich das nicht mehr leisten. (Ach so, wegen der 17 Cent pro Liter „ Rabatt „ dann doch wieder ? Nee iss klar.)

Nee iss klar.) Und dann noch so eine zweideutige Aussage: Es muß auch ein Spritpreisdeckel kommen, die Zusage, daran zu arbeiten, ist da. (Ach, daran zu arbeiten ? Wie wäre es denn, das mal umzusetzen ? Gelder für die Ukraine werden immer am gleichen Tag im Bundestag verabschiedet) Und auch Ricarda Lang muß ihren Senf dazugeben. Sie postet auf Instagramm: Die Neuauflage des Tankrabatts kostet 2.5 Milliarden Euro. Keine Ahnung hat die Frau, der kostet gar nichts, die sprudelnden Gewinne die die Bundesregierung seit Monaten einfährt werden geringer.

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Und dann stellt sich Reiche irgendwo auf die Bühne und gibt noch folgendes von sich: Wir müssen aufhören zu jammern. Jammern ist die einzige Ressource in Deutschland, die niemals ausgeht. Im Jammern sind wir Weltmeister. Dazu sage ich: Wer hat diesen Ausschnitt ihrer Rede geschrieben ? Sicherlich keiner, der unterbezahlt, aber eher überbezahlt wird. So ein Staatsdiener auf Lebenszeit. Und das Reiche keinen Grund zum Jammern hat, hätte ich bei den Bombengehältern und unzähligen Zulagen auch. Die Leute, die uns das Leben erklären, kennen das Leben normaler Bürger gar nicht, und es interessiert sie auch nicht. DAS BEHAUPTE ICH.

Bericht online lesen:
https://silvestroparise.en-a.eu/politik/tankrabatt_der_bundesregierung_buergertaeuschung_041026-94508/

Redaktion und Verantwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Uwe Hildebrandt

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.